

Auf des Messers Schneide - Mazedonien zehn Jahre nach der Unabhängigkeit²

Einführung

Die Entstehung einer Bewegung bewaffneter Aufständischer in Mazedonien in den vergangenen Monaten hat einmal mehr gezeigt, dass der Balkan nach wie vor eine konfliktrichtige Region ist und dass Mazedonien sich noch immer in einer verwundbaren Lage befindet. Nachdem es dem Schicksal seiner weniger glücklichen Nachbarn für nahezu zehn Jahre entgangen und als die einzige ehemalige jugoslawische Republik gepriesen worden war, die sich ohne Blutvergießen abgespalten hatte, steht Mazedonien nun am Abgrund des Krieges. Mazedonien, das einst als Beispiel für den relativen Erfolg präventiver Diplomatie sowohl einheimischer als auch internationaler Akteure galt, wird nun in rasantem Tempo zu einem Beispiel für das Versagen präventiven Handelns.

Obwohl Mazedoniens friedliche Sezession von Jugoslawien häufig als nebensächlich angesehen wurde, wurden doch in den ersten Jahren der Unabhängigkeit auf nationaler wie internationaler Ebene einige Mühen darauf verwandt, den Ausbruch eines ethnischen Krieges zu verhindern. Jahrelang verfolgte die multiethnische Regierung Mazedoniens eine Politik des Ausgleichs und der Machtteilung, wenn auch nur begrenzt, und erweiterte schrittweise die Rechte all seiner ethnischen Minderheiten, nicht nur die der mazedonischen Albaner. Die Arbeitsgruppe für ethnische und nationale Gemeinschaften und Minderheiten der Internationalen Konferenz für das ehemalige Jugoslawien (*International Conference on the Former Yugoslavia*, ICFY) leitete Verhandlungen zwischen ethnischen Albanern und der mazedonischen Regierung bezüglich der Erweiterung von Minderheitenrechten. Die Vereinten Nationen stationierten präventive *Peacekeeping*-Einheiten (*United Nations Preventive Deployment Force*, UNPREDEP) an den Grenzen Mazedoniens zu Serbien und Albanien - die erste und einzige präventive Mission in der Geschichte der VN. Sie hatten die Aufgabe, ein Übergreifen der Kriege, die in den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken tobten, zu verhindern. Die OSZE überwachte die Fortschritte bei der Einhaltung

1 Die Autorin dankt folgenden Personen für ihre hilfreichen Kommentare und Materialien: dem Leiter der OSZE-Präsenz in Albanien, Botschafter Geert-Hinrich Ahrens; Lynn Carter, Management Systems International; Farimah Daftary, ECMI, Flensburg; Lidija Georgieva, Universität Skopje; Ted R. Gurr, University of Maryland; Janie Leatherman, Illinois State University; Lyubov Mincheva, IRIS, Bulgarien; Harald Schenker, Medienberater der OSZE-"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje; Stefan Troebst, Universität Leipzig.

2 Redaktionsschluss und Sachstand: 25. August 2001.

der Minderheiten- und anderen Menschenrechte durch ihre Mission in Mazedoniens Hauptstadt Skopje und die Vermittlungsbemühungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen engagierten sich in langfristigen Programmen zur Konfliktbewältigung mit dem Ziel eines nachhaltigen Friedens in der Gesellschaft, indem sie ethnische Toleranz sowie eine unparteiischere und multiethnische Medienberichterstattung förderten. Das Wichtigste war jedoch der politische Wille der Führung des Landes, einschließlich der mazedonischen Albaner, nicht denselben Weg wie Kroatien oder Bosnien einzuschlagen und stattdessen eine gemäßigte Politik zur Regelung der Beziehungen zu den Minderheiten zu wählen.³

Für Mazedonien ist die derzeitige Krise daher eine tragische Entwicklung, die das Land wahrscheinlich in Bezug auf Wirtschaftswachstum, interethnische Koexistenz und die seit langem angestrebte Mitgliedschaft in europäischen Institutionen, insbesondere in der EU und in der NATO, zurückwerfen wird. Seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 hatte Mazedonien erhebliche Fortschritte auf dem Weg der Demokratisierung, der wirtschaftlichen Transformation, der Gewährleistung und des Schutzes der Minderheitenrechte und der friedlichen Beziehungen zu seinen Nachbarländern gemacht. Vieles davon war auf eine moderate Führung und die Unterstützung regionaler und internationaler Organisationen zurückzuführen, insbesondere der ICFY-Arbeitsgruppe, der Vereinten Nationen, der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarats, um nur einige zu nennen. Obwohl das Land noch immer ethnisch gespalten und mit schwachen politischen Institutionen ausgestattet ist, mit einer noch unreifen Wirtschaft, einer segmentierten Zivilgesellschaft und anhaltenden Klagen von Seiten seines albanischen Bevölkerungsteils zu kämpfen hat, ist es Mazedonien gelungen, zehn Jahre lang in einer Region zu überleben, die von Krieg, ethnischer Gewalt und Instabilität heimgesucht wird. In der Tat wurde Mazedonien als so erfolgreich angesehen, dass neueste Studien noch kurz vor dem Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen zu Beginn des Jahres 2001 das Risiko der Instabilität als geringer einschätzten als in den ersten Jahren der Unabhängigkeit. Die Regierung des Landes hatte darüber hinaus eine Fähigkeit zum Friedensaufbau entwickelt, die ausreichte, die vorhandenen ethnischen Spannungen politisch zu bewältigen.⁴ Für die meisten Regionalexperten kam die Entstehung einer

3 Vgl. z.B. Alice Ackermann, *Making Peace Prevail: Preventing Violent Conflict in Macedonia*, Syracuse/New York 2000; dies., *Mazedonien und die OSZE: Präventive Diplomatie in der Praxis*, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1997*, Baden-Baden 1997, S. 73-80; Abiodun Williams, *Preventing War: The United Nations and Macedonia*, Lanham/Maryland 2000.

4 Vgl. z.B.: Heinz Willemsen/Stephan Troebst, *Transformationskurs gehalten: Zehn Jahre Republik Mazedonien*, in: *Osteuropa* 3/2001, S. 299-315; Lynn Carter/Alice Ackermann/Goran Janev, *An Assessment of Ethnic Relations in Macedonia*, unveröffentlichter USAID/Macedonia Report, Washington, DC 2000. Ted Gurr hat in seinem laufenden Projekt "Minorities at Risk" 275 ethnische Gruppen untersucht und kam zu dem Ergebnis,

aufständischen Bewegung daher fast ohne jede Vorwarnung und nur wenige hätten eine militante Mobilisierung zehn Jahre nach der Unabhängigkeit für wahrscheinlich gehalten.

Wie also lässt es sich erklären, dass Mazedonien nach jahrelangen konzentrierten Bemühungen, einen gewaltsamen ethnischen Konflikt zu verhindern, seit Februar 2001 am Rande eines Krieges steht? Was erklärt das plötzliche Auftauchen einer bewaffneten Rebellenbewegung Ende Januar 2001, die bis zum Sommer genügend Kämpfer und Waffen aufbieten konnte, um das Land mit einem massiven ethnischen Krieg zu bedrohen? Was wurde bisher unternommen, um die Krise in den Griff zu bekommen, und welche Möglichkeiten gibt es, doch noch eine politische Lösung zur Beendigung des Konflikts zu finden? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im vorliegenden Beitrag die Gründe für die derzeitige Krise untersucht und vier verschiedene mögliche Erklärungen für ihren Ausbruch geprüft: nicht behobene Missstände bezüglich der Minderheitenrechte, Gruppenstreitigkeiten um die Macht, der "Stör"-Effekt ("*spoiler effect*") und das Übergreifen eines militanten albanischen ethnischen Nationalismus. Anschließend werden die nationalen und internationalen Reaktionen unter besonderer Berücksichtigung der Bemühungen der OSZE analysiert. Zum Schluss werden einige Politikempfehlungen abgegeben, die sich auf die Implementierung eines langfristigen präventiven Ansatzes für Mazedonien und die Region konzentrieren.

Die Ursprünge der Nationalen Befreiungsarmee (UCK) und mögliche Ursachen für ihre Entstehung

In albanischer Sprache heißt die Nationale Befreiungsarmee *Ushtria Clirimtare Kombetare* (UCK), womit sie - nebenbei bemerkt - dieselbe Abkürzung hat wie die UCK im Kosovo (*Ushtria Clirimtare e Kosoves*). Es ist schwierig, ein genaues Datum und die Gründe für die Entstehung einer bewaffneten Rebellenbewegung in Mazedonien anzugeben. Obwohl darüber spekuliert wird, dass es die Nationale Befreiungsarmee schon im Herbst 1999, ganz gewiss aber im Jahr 2000 gegeben habe,⁵ hatte sie vor Ende Januar 2001, als

dass in Mazedonien kein hohes Risiko ethnischer Gewalt bestehe. Vgl. Ted R. Gurr, *Peoples Versus States: Minorities at Risk in the New Century*, Washington, DC 2000; vgl. auch die neuere Studie Ted R. Gurr/Monty G. Marshall/Deepa Khosla, *Peace and Conflict 2001: A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy*, College Park/Maryland 2001.

5 Siehe z.B.: Stefan Troebst, Groß-Kosovo oder unabhängiges Kosovo?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juni 2001, S. 10; International Crisis Group, *The Macedonian Question: Reform or Rebellion*, in: ICG Balkans Report 1 09/2001; Mirka Velinovska, *New Paramilitary Army is Ready in Macedonia*, in: Start vom 2. Juni 2000 (im Internet unter: www.balkanpeace.org); Greek Politician Says KLA Trying to Destabilize Macedonia, in: *Intelligence Digest* 97/2000, 16.-29. Juni 2000 (im Internet unter: www.balkanpeace.org); Berichten mazedonischer Medien vom April zufolge beschuldigte Verteidigungsminister Ljuben Panunovski Innenministerin Dosta Dimovska, sie hätte be-

sie sich zu einem Granatenangriff auf eine Polizeistation in Tearce bekannte, nie öffentlich die Verantwortung für Gewaltakte übernommen. In einem Kommuniqué an die mazedonische Tageszeitung *Dnevnik* vom 23. Januar gab die UCK ihr Ziel recht vage als "die Befreiung der ethnischen Albaner in Mazedonien"⁶ an. In späteren Erklärungen und Interviews seit März betonte die UCK, ihr bewaffneter Kampf gelte eher den verfassungsmäßigen Rechten und der Gleichstellung der ethnisch albanischen Bevölkerung Mazedoniens als der territorialen Aufteilung des Landes. Zu ihren Forderungen gehören: die Verankerung des Status der ethnischen Albaner als Nation in der Verfassung, Albanisch als zweite Amtssprache und gleiche berufliche Chancen für ethnische Albaner.⁷ Gewalt sei deshalb gerechtfertigt, weil es im Laufe der letzten zehn Jahre auf politischem Wege keinerlei Fortschritte zur Verbesserung der Rechte ethnischer Albaner gegeben habe.⁸

Über die Ursprünge, Kommandostruktur und Größe der UCK ist nur wenig bekannt. Man glaubt aber, dass die Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) für die Gründung zweier Splittergruppen verantwortlich ist: die inzwischen "eingegangene" Befreiungsarmee für Preševo, Medvedja und Bujanovac (*Ushtria Clirimtare e Preshevas, Medvegjas e Bujanovcit*, UCPMB) in Südserbien und eben die Nationale Befreiungsarmee (UCK).⁹ Die UCK ist angeblich eine eigenartige Mischung aus verschiedenen "Kämpfern": Veteranen, die schon an der Revolte im Jahre 1981 im Kosovo beteiligt waren, Veteranen der Kosovo-UCK, die von der Politik im neuen Kosovo größtenteils übergegangen wurden, "demobilisierten" UCPMB-Kämpfern, die aus Südserbien ins Kosovo gelangten, und Albanern aus Mazedonien. Man nimmt darüber hinaus an, dass die UCK von der albanischen Mafia finanziert wird, die zuvor schon die Kosovo-UCK finanziert hatte.¹⁰ Weitere Mittel kommen aus internationalen Spenden, die dem so genannten "Nationalen Befreiungsfonds"¹¹

reits im August 2000 von der Existenz einer Rebellenbewegung Kenntnis gehabt. Vgl. Macedonia Divided, in: RFE/RL Balkan Report 33/2001 vom 4. Mai 2001.

6 ICG Balkans Report 109, a.a.O. (Anm. 5), S. 3.

7 Vgl. hierzu: Changes for Macedonia's Constitution?, in: RFE/RL Balkan Report 28/2001 vom 17. April 2001, sowie Paul Wood, Eyewitness: Inside the NLA, in: BBC News vom 20. März 2001, news.bbc.co; UCK Sprecher Ahmeti, Wir erkennen die mazedonische Grenze an und wollen keine Trennung, in: Deutsche Welle vom 7. April 2001, www.dwelle.de/MON.

8 Eine Zusammenfassung der Kommuniqués und Erklärungen der UCK gibt Alice Ackermann, On the Razor's Edge: Is There Still a Place and Time for Long-term Conflict Prevention in Macedonia? Papier vorgelegt auf der internationalen Jahreskonferenz des Centre for South East European Studies (CSEES), University of London, 14.-16. Juni 2001.

9 Vgl. hierzu: ICG Balkans Report 109, a.a.O. (Anm. 5); Lyubov Mincheva, Risk Assessment, unveröffentlichtes Papier für das Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland, College Park 2001; Farimah Daftary, Testing Macedonia, in: ECMI Brief 4/2001, S. 2; siehe hierzu auch den aufschlussreichen Bericht von Troebst, a.a.O. (Anm. 5).

10 OSZE-Quellen, telefonische Interviews am 25. und 27. Juli 2001.

11 Darüber berichtet Philip O'Neil, NLA Set for Long Haul, in: IWPR Balkan Crisis Report 235/2001 vom 5. April 2001.

zufließen, und es ist auch über Fälle von Schutzgelderpressung im Auftrag der UCK berichtet worden.¹²

Obwohl man von einer Stärke der UCK von etwa 1.100 Mann¹³ ausgeht, ist die Zahl möglicherweise viel höher, da die UCK Mitkämpfer unter den ethnischen Albanern in Mazedonien, im Kosovo und in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens sowie in der Diaspora rekrutieren kann. Es gibt auch Berichte über Zwangsrekrutierungen. Außerdem übt die UCK eine gewisse Anziehung auf arbeitslose Jugendliche albanischer Herkunft, insbesondere aus Mazedonien, aus. Der Anführer der UCK ist der 42-jährige Ali Ahmeti aus Zajas, einem Dorf in der Nähe von Kičevo, der angeblich in den Jahren 1998 und 1999 für die Logistik der Kosovo-UCK zuständig und auch an Waffenschiebereien beteiligt war.¹⁴ Es heißt, die UCK sei in Brigaden eingeteilt, die ihre Standorte in der Umgebung von Kumanovo, Tetovo, Gostivar und Debar haben; ihr Nachschub an Waffen kommt vorwiegend aus dem Kosovo, aber auch aus Albanien, Bulgarien und Montenegro.¹⁵ In jüngster Zeit hatten KFOR-Truppen einigen Erfolg bei der Unterbrechung der Nachschublinien aus dem Kosovo, und auch Albanien hat seine Grenzkontrollen verstärkt.¹⁶

Die UCK in Mazedonien hat nicht nur dieselbe Abkürzung wie die UCK im Kosovo; ihre Verbindung zur Kosovo-UCK wird auch dadurch deutlich, dass sie eine ähnliche Taktik verfolgt wie die Kosovo-UCK und die UCPMB, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Kampftaktik, sondern auch dahingehend, dass sie versucht, zu einer politischen Kraft zu werden und international anerkannt zu werden. Seit dem Angriff in Tearce Ende Januar 2001 hat die UCK wiederholt eine Reihe größerer Offensiven im Gebiet um die Städte Tetovo und Kumanovo gestartet. Am 25. März begann die mazedonische Regierung mit der massiven Bombardierung von UCK-Stellungen, nachdem sie der UCK am 21. März ein Ultimatum gestellt hatte, innerhalb von 24 Stunden ihre Waffen niederzulegen. Am 29. März endete die Offensive mit einer Erklärung der Regierung, die UCK habe sich ins Kosovo zurückgezogen. Ende März/Anfang April sah es so aus, als seien die Kämpfe vorüber, doch schon im April und Mai kam es immer wieder zu Zusammenstößen. Im Juni er-

12 Nach einer Reuters-Quelle haben z.B. KFOR-Soldaten am 31. Juli 2001 drei Männer in Prizren verhaftet, die beschuldigt wurden, Geld zur Unterstützung der UCK zu erpressen. Siehe: KFOR, Albania Continue Crackdown on Supplies to UCK, in: RFE/RL Newslines 143/2001, Teil II, vom 31. Juli 2001.

13 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte am 14. Juli 2001 ein Porträt der UCK. Eine Zusammenfassung ist erschienen in: Macedonian Rebels: 1,100 "Troublemakers", in: RFE/RL Newslines, 132/2001, Teil II, vom 16. Juli 2001.

14 Vgl. Jonathan Steele, Macedonia Rejects Rebel Cease-fire Offer, in: The Guardian vom 22. März 2001, www.guardian.co.uk/macedonia/story/. Die Zeitung meldete auch, dass die UCK behauptet, 60 Prozent ihrer Kämpfer kämen aus Mazedonien. Über Ahmeti und die UCK vgl. auch: Ali Ahmeti - And a Number of New Faces, in: RFE/RL Balkan Report 38/2001 vom 1. Juni 2001.

15 Vgl. Macedonian Rebels, a.a.O. (Anm. 13).

16 Vgl. RFE/RL Newslines 141/2001, Teil II, vom 27. Juli 2001; RFE/RL Newslines 143/2001, a.a.O. (Anm. 12).

reichte die Krise ihren Höhepunkt, als die UCK in die Umgebung von Skopje vorstieß, das Dorf Aracinovo einnahm und die mazedonische Armee nicht in der Lage war, sie von dort zu vertreiben. Nur durch einen von der EU vermittelten Waffenstillstand konnte ein Blutvergießen verhindert werden. Er gestattete den 500 UCK-Kämpfern den Abzug - mit ihren Waffen - unter NATO-Bewachung in einen KFOR-Stützpunkt in der Nähe von Kumanovo.¹⁷ Der ausgehandelte Abzug rief jedoch große Empörung in der Öffentlichkeit hervor und am 25. Juni griffen 5.000 Demonstranten das Parlamentsgebäude an, riefen anti-albanische und anti-westliche Parolen, verlangten den Rücktritt von Präsident Boris Trajkovski und beharrten darauf, dass die Regierung weiterhin militärisch gegen die UCK vorgehen solle. Nach den Ereignissen in Aracinovo und den gewalttätigen Demonstrationen in Skopje verstärkte die UCK ihre Angriffe in der Umgebung von Tetovo und Kumanovo und drohte damit, ihren Kampf direkt in die Hauptstadt zu verlagern.¹⁸

Die Vermittlung des US-Gesandten James Pardew und seines EU-Kollegen François Léotard Anfang Juli führte zu einem Waffenstillstandsabkommen, das am 6. Juli in Kraft trat und die Aufnahme politischer Gespräche unter der Ägide der beiden westlichen Vermittler ermöglichte. Nachdem das Waffenstillstandsabkommen über zwei Wochen lang gehalten hatte, kam es am 22. Juli zu einem ernsthaften Bruch der Übereinkunft, als die UCK Dörfer in der Nähe von Tetovo angriff. Die Regierung stellte der UCK daraufhin ein erneutes Ultimatum: Rückzug aus Tetovo bis zum 25. Juli, andernfalls würde mit einer Großoffensive gegen sie vorgegangen. Der Bruch des Waffenstillstands ging mit einem Stillstand in den Verhandlungen einher: Die Vertreter der ethnischen Mazedonier waren nicht willens, Zugeständnisse hinsichtlich der Ausweitung der Rechte ethnischer Albaner zu machen und lehnten einige Bestimmungen eines vom Westen geförderten Entwurfs ab. Am 27. Juli wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen - allerdings erst nachdem die NATO einen weiteren Waffenstillstand ausgehandelt hatte, damit die Gespräche weitergehen konnten.¹⁹

Wie bereits erwähnt, ist es schwierig, die genauen Gründe für die Entstehung einer Bewegung bewaffneter Aufständischer in Mazedonien zu bestimmen, zumal sie zu einem Zeitpunkt in Erscheinung trat, da es schien, als habe Ma-

17 Das Institute for War and Peace Reporting schrieb in seinem Bericht vom 4. Juli 2001, dass Premierminister Georgievski dem Abzug der UCK-Kämpfer aus Aracinovo zugestimmt habe, da es nach Schätzungen des mazedonischen Militärs zehn Tage gedauert und massive Verluste gekostet hätte, die Aufständischen aus dem Dorf zu vertreiben und nicht etwa die ursprünglich geplanten 24 Stunden; vgl. Vladimir Jovanovski, Skopje Politicians Sober Up, in: IWPR Balkan Crisis Reports 261/2001 vom 4. Juli 2001. Ein Sprecher des Präsidenten sagte auf einer Konferenz der University of London vom 14.-16. Juni 2001, dass sich das mazedonische Militär in einigen Gegenden außer Stande sähe, die UCK aus ihren Stellungen zu vertreiben.

18 Vgl. RFE/RL Newsline 121/2001, Teil II, vom 26. Juni 2001.

19 Vgl. Macedonian Cease-Fire Broken, in: RFE/RL Newsline 137/2001, Teil II, vom 23. Juli 2001; Macedonia: NATO Brokers New Cease-Fire, in: RFE/RL vom 26. Juli 2001, www.referl.org/nca/features/2001/07; Rebels Remain in Captured Macedonia, in: The Guardian vom 26. Juli 2001, www.guardian.co.uk.

zedonien in Bezug auf Minderheitenrechte Fortschritte gemacht, wenn auch langsame. Zu den möglichen Erklärungen für das Entstehen der UCK gehören nicht behobene Missstände bezüglich Minderheitenrechte, Gruppenstreitigkeiten um die Macht, der so genannte "Stör"-Effekt ("*spoiler effect*") und das Übergreifen des militanten albanischen ethnischen Nationalismus. Das Problem nicht behobener Missstände verdient hier besondere Aufmerksamkeit, nicht nur, weil die UCK sie zu ihrer "*causa belli*" erklärt hat, sondern auch weil politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Missstände zu den häufigsten Gründen ethnischer Konflikte zählen. Die Forderungen der UCK unterscheiden sich jedoch nicht wesentlich von denjenigen, die im Mittelpunkt der interethnischen Verhandlungen standen, als Mazedonien unabhängig wurde. Seither kämpfen die Führer der ethnischen Albaner mit politischen Mitteln um die Ausweitung der Kollektivrechte. Es ist auch nicht ganz klar, warum und wie diese Missstände ausgerechnet jetzt zu einer militanten Mobilisierung geführt haben und nicht etwa vor einigen Jahren, als die interethnischen Beziehungen weitaus gespannter waren und die DPA, der ethnisch albanische Koalitionspartner der derzeitigen Regierung, deutlich radikalere Positionen vertrat.²⁰

Eine Frage, die sich geradezu aufdrängt, ist die nach dem Zeitpunkt: Warum gerade jetzt? Aus der Perspektive eines Außenstehenden ist das, was Mazedonien bislang in Bezug auf Minderheitenrechte geleistet hat, zwar nicht perfekt, aber doch ganz beachtlich. Die mazedonischen Albaner schienen von der Abspaltung des Landes vom ehemaligen Jugoslawien und seiner Hinwendung zur Demokratie profitiert zu haben. Seit 1991 haben alle Regierungen eine Politik der Teilung der Macht unter Einschluss von Parteien der ethnischen Albaner als Koalitionspartner verfolgt - auch wenn diese Teilung eher begrenzt blieb, indem nicht gerade die wichtigsten Ministerämter an ethnische Albaner vergeben wurden. Erhebliche Zugeständnisse wurden auch im Bereich Bildung und Erziehung und bei der Ausstrahlung von Rundfunk- und Fernsehsendungen in Minderheitensprachen gemacht. Ethnische Albaner haben beispielsweise ein Recht auf Unterricht in ihrer eigenen Sprache in Grund- und weiterführenden Schulen. In den vergangenen Jahren war eine deutliche Zunahme albanischer Radio- und Fernsehsender sowie albanischer Printmedien zu verzeichnen. Die höchst umstrittene Frage einer albanischsprachigen Universität wurde im letzten Jahr durch einen Kompromissvorschlag des damaligen Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, vorübergehend beigelegt, der die Einrichtung ei-

20 Die derzeitige Regierung wurde 1998 gebildet und setzt sich aus einer Koalition von VMRO-DPMNE (Organisation zur inneren Revolution Mazedoniens - Demokratische Partei der nationalen Einheit), der Liberalen Partei (LP) und der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) zusammen. Vor ihrer Aufnahme in die gegenwärtige Regierung galt die DPA als die radikalere der beiden wichtigsten albanischen Parteien. Gegenwärtig gibt es drei albanische Parteien: die DPA, die PDP (Partei für Demokratischen Wohlstand; bis 1998 in der Regierung, gilt sie heute als die radikalere, we ngleich an Mitgliedern und politischer Bedeutung verlierende Partei) und die National -Demokratische Partei (NPD), die im März 2001 gegründet wurde.

ner mehrsprachigen höheren Bildungsanstalt vorsah, die so genannte Südosteuropa-Universität in Tetovo.²¹

Gleichzeitig hat es jedoch nur geringe Fortschritte bei den umstrittensten Fragen, die seit der Unabhängigkeit auf der Tagesordnung stehen, gegeben: die verfassungsmäßige Anerkennung der Albaner als Nation und die Anerkennung der albanischen Sprache als zweite offizielle Landessprache. Seit 1991 sind Politiker albanischer Herkunft in Bezug auf diese Forderungen Kompromisse eingegangen: mehr Unterricht in Grund- und weiterführenden Schulen in albanischer Sprache, die Zunahme albanischer Radiosender, eine mit europäischen Mitteln gegründete und finanzierte "albanische" Universität, der Gebrauch des Albanischen in Gebieten mit albanischer Bevölkerungsmehrheit nach dem Gesetz über die Lokalverwaltung, das allein schon Jahre brauchte, um vom Parlament verabschiedet zu werden - das alles anstelle der geforderten Änderung der Präambel der Verfassung, die ethnischen Albaner als Nation anzuerkennen und Albanisch als zweite Amtssprache zuzulassen. Führende Vertreter der Albaner glaubten, dass viele dieser Kompromisse, die zunächst unter der Schirmherrschaft der ICFY-Arbeitsgruppe für ethnische und nationale Gemeinschaften und Minderheiten und später derjenigen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, zu einer Zeit, da Sezession eine realistischere Möglichkeit war, ausgehandelt worden waren, im Laufe der Zeit ausgeweitet werden könnten. Alle folgenden Regierungen, einschließlich der gegenwärtigen unter Premierminister Ljubco Georgievski, lösten diese Versprechen nicht nur nicht ein und erweiterten die Minderheitenrechte nicht, sondern versäumten es auch, die mazedonische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass dies für die Aufrechterhaltung des ethnischen Friedens unabdingbar sei.²²

21 Die offizielle Grundsteinlegung der Südosteuropa-Universität (SEE) fand am 11. Februar 2001 statt, nachdem bereits am 30. November 2000 eine internationale Stiftung, die Südosteuropa-Universität-Stiftung, gegründet worden war, die die internationalen Mittel verwalten und das Universitätsprojekt beaufsichtigen soll. Die Südosteuropa-Universität soll einen albanischen Lehrplan bekommen, es sollen aber auch Seminare auf Mazedonisch und in anderen europäischen Sprachen abgehalten werden. Sie soll die Fachbereiche Recht, Betriebswirtschaft, Öffentliche Verwaltung, Kommunikation, Computerwissenschaften und Lehrerausbildung umfassen. Die Universität soll am 1. Oktober 2001 ihre Pforten öffnen. Vgl. New University Project Unveiled in Tetovo, Former Yugoslav Republic of Macedonia, in: OSCE Press Release vom 12. Februar 2001, www.osce.org/news/. Die Annahme eines neuen Bildungsgesetzes am 25. Juli 2000 ermöglichte die Einrichtung der neuen Institution. Davor gab es keinen rechtlichen Rahmen für eine Universitätsausbildung in albanischer Sprache. Aus diesem Grund hatten die ethnischen Albaner 1994 in Tetovo ihre eigene Universität gegründet, die von der mazedonischen Regierung für illegal erklärt wurde und die über mehrere Jahre zu ernsthaften Spannungen zwischen den mazedonischen Behörden und den ethnischen Albanern geführt hatte.

22 Die Verfasserin möchte dem Leiter der OSZE-Präsenz in Albanien, Botschafter Geert-Hinrich Ahrens, für seine wertvollen Kommentare und Einblicke hinsichtlich der Minderheitenrechte in Mazedonien anlässlich eines Interviews am 25. Juli 2001 danken. Botschafter Ahrens war von 1991 bis 1996 Vorsitzender der ICFY-Arbeitsgruppe und war verantwortlich für die Verhandlungen zwischen ethnischen Albanern und der mazedonischen Regierung über Fragen der Minderheitenrechte. Zur Rolle der Arbeitsgruppe in diesen Verhandlungen vgl. Ackermann, Making Peace Prevail, a.a.O. (Anm. 3), Kapitel 5.

Neben den Frustrationen über diese ungelösten strittigen Fragen erheben die ethnischen Albaner eine Reihe weiterer Klagen: dass der mazedonische Staat in erster Linie mit nur einer ethnischen Nation identifiziert wird, nämlich der mazedonischen, was seinen Ausdruck in den vielen mazedonischen nationalen Symbolen findet, dass Fortschritte in Bezug auf die lokale Selbstverwaltung, die den Gemeinden größere politische und wirtschaftliche Macht verleihen würde, nur langsam vorankommen, dass ethnische Albaner in der Polizei, im Militär und in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung unterrepräsentiert sind und dass die Arbeitslosigkeit - obwohl sie im ganzen Land verbreitet ist - infolge diskriminierender Verfahren ethnische Albaner besonders hart trifft. Und auch was die SEE-Universität betrifft, vertreten einige Beobachter die Ansicht, auch dies sei wiederum nur ein Kompromiss. Erstens hat nur Arbën Xhaferi, der Parteichef der DPA, das Konzept der SEE-Universität akzeptiert, nicht aber unbedingt alle Mitglieder seiner Partei oder diejenigen der PDP. So vertritt die PDP beispielsweise die Position, dass die so genannte Tetovo-Universität, die 1994 illegal errichtet wurde, öffentliche Gelder erhalten solle. Es ist auch keineswegs sicher, inwieweit die albanische Bevölkerung die neue Universität unterstützt. Teuta Arifi, Dozentin an der Universität Skopje, hat dazu kritisch angemerkt, dass westliche finanzielle Unterstützung nun auch der SEE-Universität zugute käme und dadurch andere staatliche Universitäten benachteiligt würden. Zudem seien die sprachlichen Anforderungen für die SEE-Fakultät so hoch, dass nur ethnische Albaner eine Chance hätten, dort einen Lehrauftrag zu erhalten, was wiederum zu weiterer interethnischer Konkurrenz führen würde.²³ Angesichts dieser Diskussion über anhaltende Missstände könnte man behaupten, die Entstehung der UCK und deren Unterstützung durch die albanische Bevölkerung sei in gewisser Weise gerechtfertigt. Es ist jedoch unklar, ob die UCK diese Missstände nicht einfach nur ausnutzt, um andere Interessen, wie z.B. die absichtliche Destabilisierung Mazedoniens, zu verschleiern.

Es gibt drei weitere Erklärungen für die Entstehung der UCK in Mazedonien, die genauso gewichtig sind und die in unterschiedlichem Grade mit den seit langem erhobenen Klagen in Zusammenhang stehen. Zum einen könnte man sagen, die UCK sei als politischer Mitbewerber im Kampf um die Macht im Staat entstanden. Dieser Gruppenwettbewerb um die Macht findet auf zwei Ebenen statt und hat eine gruppeninterne Dimension sowie eine Dimension, die sich auf die Ebene zwischen den Gruppen bezieht: Die UCK stellt nicht nur die legitime politische Macht der ethnisch mazedonischen Führung in Frage, sondern fordert auch die etablierten Parteien der ethnischen Albaner heraus. Obwohl die Führer der ethnischen Albaner im Laufe der vergangenen

23 Die Verfasserin möchte Stefan Troebst für diesen Hinweis danken. Siehe hierzu auch: Stefan Troebst, Dreh- und Angelpunkt ist die Regelung des künftigen Status des Kosovo, Interview mit Stefan Troebst, Balkanexperte und Kulturwissenschaftler an der Universität Leipzig, zum mazedonischen Friedensabkommen, in: Deutsche Welle Monitor vom 17. August 2001, www.dwelle.de/M; vgl. ebenso: Veton Latifi, Albanian Divisions Threaten Accord, in: IWPR Balkan Crisis Report 271/2001, Teil I, vom 14. August 2001.

zehn Jahre die politische Legitimität erworben haben, die Gemeinschaft der mazedonischen Albaner in ihrem Kampf um mehr kollektive Rechte auf politischem Wege zu vertreten, werden ihre Bemühungen inzwischen als gescheitert angesehen.

Im Zusammenhang mit dieser Erklärung steht das Argument, die UCK wirke als Störer dessen, was bis vor wenigen Monaten noch als "schrittweise und kontrollierte" Verwirklichung der Minderheitenrechte galt. Der Stör-Effekt ("*spoiler effect*") wirkt im Falle der UCK auf zwei Arten:

1. Die UCK versucht, einen politischen Prozess, durch den gewählte ethnisch albanische Führer in Mazedonien versuchen, im Laufe der Zeit die Minderheitenrechte auszubauen, zu "stören".
2. Die UCK hat so genannte "Störer von außen" in ihren Reihen, Personen, die zu den Verlierern gehörten, als es der UCK nicht gelang, ein unabhängiges Kosovo zu schaffen, und die nun versuchen, ihr langgehegtes Ziel eines unabhängigen Staates durch die Destabilisierung und Zersplitterung Mazedoniens zu erreichen.

Aus dieser Perspektive betrachtet ist die gegenwärtige Krise in Mazedonien ein direkter *Spillover*-Effekt aus dem Kosovo und hängt mit der Existenz einer gesamtalbanischen nationalistischen Bewegung zusammen, die Kosovo-Albaner, die im Kosovo politisch an den Rand gedrängt wurden, ebenso umfasst wie radikale mazedonische Albaner, deren gemeinsames Ziel die Schaffung eines "Groß-Kosovo" oder einer Art ethnisch homogener staatlicher Einheit ist.²⁴ Dafür gibt es einige Anhaltspunkte, und zwar nicht nur in Gestalt der Verbindungen zwischen der ehemaligen Kosovo-UCK und der UCK in Mazedonien, sondern auch aufgrund der Herkunft der finanziellen Unterstützung der Rebellenbewegung.

Nationale und internationale Reaktionen - Krisenmanagement statt Prävention

Nationale wie internationale Akteure reagierten auf den Aufstand in erster Linie mit Krisenmanagement statt mit Eskalationsprävention. Das ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass ein Staat nur selten auf nicht-militärische Optionen zurückgreift, um einer Rebellenbewegung Herr zu werden. Dass die UCK von Anfang an Gewalt anwendete, erzeugte automatisch Gegengewalt von Seiten der mazedonischen Regierung, die die territoriale Einheit des Staates bedroht sah und somit zu verteidigen suchte. Unglücklicherweise wurde dadurch auch möglichen nichtmilitärischen Optionen der Weg versperrt, da eine militärische Lösung der Krise als die weitaus

24 Vgl. Mincheva, a.a.O. (Anm. 9). Stefan Troebst hat diese Verbindungen dokumentiert, vgl. Troebst, a.a.O. (Anm. 5).

schnellere und bessere Option betrachtet wurde. Zu dieser militärischen Lösung des Problems gehörte, dass die mazedonische Regierung, die die UCK von Anfang an als "Terroristen" bezeichnete und den Aufstand als ein Übergreifen aus dem Kosovo ansah, Verhandlungen ablehnte und stattdessen versuchte, die UCK-Kämpfer aus ihren Stützpunkten in Städten und Dörfern zu vertreiben und sie zu zwingen, sich in das Kosovo zurückzuziehen. Dabei gingen die mazedonischen Streitkräfte mit der Bombardierung ethnisch albanischer Dörfer äußerst rücksichtslos vor, und es gab zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen an ethnischen Albanern.²⁵ Im Mai waren erste Anzeichen zu bemerken, dass die Regierung Schwierigkeiten hatte, mit der Krise fertig zu werden, und dass der kollektive Entscheidungsprozess erheblich beeinträchtigt war, was einen Wechsel in der Politik in Richtung einer Verhandlungslösung noch stärker behinderte.

Innerhalb der mazedonischen Regierung und zwischen ethnisch albanischen und mazedonischen Parteien kam es zu kontroversen Auffassungen darüber, wie die Krise zu bewältigen sei, was die Fähigkeit der Regierung, die weitere Eskalation zu verhindern und die Krise zu beenden, weiter schwächte. Im Mai waren sich auch Premierminister Georgievski und Präsident Trajkovski uneinig darüber, ob die militärische Option weiterverfolgt werden sollte oder ob man einen Waffenstillstand anstreben, die UCK mit Hilfe der NATO entwaffnen und den einheimischen UCK-Kämpfern eine Amnestie zusagen sollte - eine umfassende Lösung, die der Präsident bevorzugte. Georgievskis sprunghaftes Verhalten wurde ebenfalls zu einem Hindernis für eine politische Lösung: Einen Tag versprach er eine Verfassungsänderung - so in seiner "Agenda für den Frieden" vom 30. Mai -, nur um dies wenige Tage später mit dem Argument wieder zurückzunehmen, Änderungen in der mazedonischen Verfassung könnten zu einer Föderalisierung Mazedoniens führen. Widersprüche in den politischen Ansätzen waren auch auf unterschiedliche Positionen, insbesondere zwischen albanischen und mazedonischen Parteien, in Bezug auf Verfassungsänderungen, die den ethnischen Albanern größere Rechte eingeräumt hätten, zurückzuführen. Im Laufe der Monate Juni und Juli wurde außerdem deutlich, dass die Regierung zunehmend durch den öffentlichen Druck gelähmt wurde, der vor allem von nationalistischeren Mazedoniern ausging. Diese begannen mehrere Demonstrationen zu veranstalten, von denen einige zu gewalttätigen Ausschreitungen führten, so z.B. am 25. Juni und am 24. Juli, und die dagegen protestierten, den ethnischen Albanern oder der UCK irgendwelche Zugeständnisse zu machen.²⁶

25 Vgl. Human Rights Watch, Macedonian Government Abuses in Runica Village, in: Human Rights Watch World Report 2001, Macedonia, vom 29. Mai 2001, www.hrw.org/press, sowie Human Rights Watch, Macedonian Police Abuses Documented vom 31. Mai 2001, www.hrw.org/press. Human Rights Watch sandte am 4. Mai 2001 darüber hinaus Schreiben an den UCK-Führer Ahmeti, an Präsident Trajkovski und an Premierminister Georgievski, in denen der Schutz der Zivilbevölkerung gefordert wird.

26 Vgl. Macedonia: Georgievski Shifts Policy on Constitution Change, in: RFE/RL vom 31. Mai 2001, www.rferl.org/nca/features/2001/05; Jolyon Naegle, Macedonia: Possible Turning Point in Macedonia's Interethnic Conflict, in: RFE/RL vom 1. Juni 2001, www.rferl.org.

Ende Mai kam es zu einer von mehreren schweren politischen Krisen, die zum Auseinanderbrechen der Allparteienregierung der nationalen Einheit, die am 13. Mai unter der Schirmherrschaft der EU gebildet worden war, zu führen drohte.²⁷ Die Krise trat ein, nachdem bekannt geworden war, dass die Führer der DPA und der PDP ein "Friedensabkommen" mit UCK-Führer Ali Ahmeti unterzeichnet hatten, in dem sie ihre gemeinsamen politischen Ziele betonten: Verfassungsänderungen, Albanisch als zweite offizielle Staatssprache, stärkere proportionale Repräsentation und größere lokale Autonomie.²⁸ Die mazedonische Regierung wies das Abkommen ebenso zurück wie die NATO, die EU und die OSZE. Nur der Intervention Javier Solanas, des Hohen Repräsentanten der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der am 28. und noch einmal am 29. Mai Skopje besuchte, war es zu verdanken, dass das Auseinanderbrechen der Regierung der nationalen Einheit verhindert werden konnte und dass die Koalitionspartner eine Erklärung abgaben, in der sie das "Friedensabkommen" annullierten.²⁹ All diese Vorkommnisse zeigen, dass die mazedonische Regierung erhebliche Schwierigkeiten hatte, zu einer gemeinsamen Haltung zur Lösung der Krise zu kommen. Zudem war die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt erstaunlich. Schlimmer noch: Zuallererst auf eine militärische Lösung zu setzen, hat die Gewalt nur noch verschärft. Wie die letzten Monate deutlich gezeigt haben, wurden Drohungen der UCK mit Gegendrohungen der mazedonischen Regierung beantwortet und umgekehrt. Diese "Wie-du-mir-so-ich-dir"-Taktik war auch unter allen politischen Parteien zu beobachten, da ihre Führer immer unnachgiebiger wurden und "Maximalpositionen" einnahmen. Insbesondere die nationalistischeren Elemente innerhalb der mazedonischen Regierung versuchten immer wieder, Verhandlungen zu sabotieren, und lehnten jeden Kompromiss in einigen der umstrittenen Fragen ab. Was den meisten Beobachtern tragisch erscheint, ist, dass es im Laufe der vergangenen Monate kaum konzertierte Bemühungen von Seiten der mazedonischen

rferl.org/nca/features/2001/06; A Breakthrough in Macedonia?, in: RFE/RL Balkan Report 38/2001 vom 1. Juni 2001; Macedonia Divided, in: RFE/RL Balkan Report vom 4. Mai 2001; Macedonian Security Forces Paralyzed By Power Struggle, in: RFE/RL Balkan Report 42/2001 vom 15. Juni 2001; Vladimir Jovanovski, The Macedonian Hawk, in: IWPR Balkan Crisis Report 255/2001 vom 13. Juni 2001; Zum Friedensplan von Präsident Trajkovski vgl. z.B.: Trajkovski's "Last Chance" Plan, in: ebenda.

- 27 Die PDP und die wichtigste Oppositionspartei, die SDSM, wurden in die Regierung der nationalen Einheit einbezogen. Vgl. Ulrich Buechsenschutz, The New Macedonian Government in Fact and Figures, in: RFE/RL Balkan Report 36/2001 vom 18. Mai 2001.
- 28 Das so genannte Friedensabkommen forderte auch eine Amnestie für alle Kämpfer der UCK als Gegenleistung für einen Waffenstillstand sowie ein Vetorecht der UCK in Bezug auf Beschlüsse, die ethnische Albaner betreffen. Seine Unterzeichner verpflichteten sich, die Integrität Mazedoniens zu bewahren, und betonten, dass eine militärische Lösung Mazedoniens Problem nicht lösen könne.
- 29 Vgl. Veton Latifi/Agim Fetahu, Albanian Deal Threatens Coalition, in: IWPR Balkan Crisis Report 250/2001 vom 25. Mai 2001, www.iwpr.net; Politische Führer der Albaner in Mazedonien und UCK stellen gemeinsame Forderungsliste auf, in: Deutsche Welle Monitor vom 24. Mai 2001, www.dwel le.de/MON; Colin Soloway, Albanian "Peace Deal" Controversy, in: IWPR Balkan Crisis Report 251/2001, Teil II, vom 31. Mai 2001, www.iwpr.net.

und ethnisch albanischen Politiker gegeben hat, an ihre jeweiligen Bevölkerungsgruppen zu appellieren, ihren gemeinsamen Staat zu schützen, indem sie nationalistische Gefühle überwinden. Ausnahmen finden sich vielleicht nur unter einigen Lokalpolitikern in kleineren multiethnischen Gemeinden wie z.B. in Kumanovo.

Ein konstruktives internationales Engagement, vorwiegend in Form von Vermittlungsbemühungen Dritter, kam auch erst relativ spät zustande, obwohl man fairerweise einräumen muss, dass die internationale Gemeinschaft die Gewaltaktionen der UCK sehr schnell verurteilt hat. Obwohl die drei wichtigsten europäischen Institutionen, die eine direkte Rolle in dem Konflikt übernommen haben - NATO, OSZE und EU -, sich auf ein koordiniertes Vorgehen einigen konnten, sind sie doch grundsätzlich eher reaktiv als präventiv mit der Krise umgegangen. Diese reaktive Haltung ist vielleicht hauptsächlich der Gewaltanwendung der UCK und dem mazedonischen Beharren auf einer militärischen Lösung der Krise anzulasten. Es zwang die NATO, die EU und die OSZE zu einem zweigleisigen Vorgehen zur Bewältigung des Konflikts: Sie unterstützten Mazedoniens militärische Option, drängten aber gleichzeitig auch auf eine politische Lösung.

Der Hohe Repräsentant der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und NATO-Generalsekretär George Robertson sind in erster Linie als "*Troubleshooter*" in Aktion getreten. Unter ihrer Leitung - sowohl einzeln als auch gemeinsam - gelang es EU und NATO nicht nur, vorläufige Waffenstillstände zu vermitteln, sondern auch Georgievski davon abzubringen, den Kriegszustand auszurufen, was er zweimal ernsthaft erwogen hatte: einmal am 6. Mai und ein zweites Mal am 6. Juni, nachdem er erklärt hatte, dass nur ein hartes militärisches Vorgehen den Frieden herbeiführen könne. Die Erklärung des Kriegszustands hätte zu einem massiven Bürgerkrieg führen können. Anfang Mai spielte Solana bei der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ebenso eine Schlüsselrolle wie einige Wochen später bei der Verhinderung ihres Auseinanderbrechens. Ende Juni vermittelte Solana dann einen Waffenstillstand, der den Abzug der in Aracinovo eingeschlossenen UCK-Kämpfer in Bussen unter NATO-Bewachung ermöglichte. Am 26. Juli eilten Solana und Robertson in Begleitung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des rumänischen Außenministers Mircea Geoana, nach Skopje mit der Zusage, dass die NATO, die EU und die OSZE bei der Implementierung eines möglichen Friedensabkommens helfen würden. Der Besuch fand zu einem Zeitpunkt statt, da die Verhandlungen am fehlenden Willen der mazedonischen Delegation, dem Vorschlag der Vermittler zuzustimmen, zu scheitern drohten und es zu erneuten Angriffen der UCK kam, eine weitere mazedonische Militäroffensive drohte und in Skopje Aufruhr herrschte.

Erst Anfang Juli 2001 - beinahe sechs Monate nach den ersten gewaltsamen Angriffen - gelang es der internationalen Gemeinschaft, die mazedonische Regierung und die Führer der ethnischen Albaner zu Verhandlungen zu

bewegen, die zur Erfüllung einiger der umstrittensten Forderungen der ethnischen Albaner führen sollten, um so der UCK den Wind aus den Segeln zu nehmen und einen massiven Bürgerkrieg zu vermeiden. Seit der Ankunft der US- bzw. EU-Vermittler Pardew und Léotard gab es Verhandlungsrunden, in denen die drei Parteien - die ethnischen Mazedonier, die ethnischen Albaner und die Vermittler - Vorschläge für einen neuen gesetzlichen Rahmen vorlegten, der den Status der Albaner als Nation und die Frage des Gebrauchs der albanischen Sprache regeln würde. In den Verhandlungen wurde noch eine Reihe weiterer Fragen behandelt, z.B. der Anteil ethnischer Albaner an der Polizei und anderen Einrichtungen, die Wahl örtlicher Polizeichefs, nationale Symbole und eine Amnestie für UCK-Kämpfer. Obwohl Solana und Robertson bereits am 26. Juli optimistisch verkündeten, dass in 95 Prozent aller Fragen Einigkeit erzielt worden sei, blieben der Gebrauch der albanischen Sprache und die Zusammensetzung und Kontrolle der Polizei umstritten.³⁰ Die nächsten Wochen würden nicht nur über die Frage entscheiden, ob eine politische Übereinkunft überhaupt erzielt werden könnte, sondern auch darüber, ob sie für alle Streitparteien und ihre Wähler akzeptabel sein würde. Anfang August kam schließlich in Ohrid ein Abkommen zustande, das am 13. August von der mazedonischen Regierung und Vertretern der albanischen Parteien unterzeichnet wurde, nicht jedoch von der UCK, die sich allerdings bereit erklärte, das Abkommen zu unterstützen. Das Abkommen beinhaltet die folgenden Maßnahmen und Bestimmungen: die offizielle Verwendung des Albanischen im Parlament (mit Simultanübersetzung) und in Gebieten, in denen Albaner mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen; die Veröffentlichung von Gesetzen und anderen offiziellen Dokumenten, einschließlich Personalausweisen, in mazedonischer und albanischer Sprache; Nichtdiskriminierung und gleiche Einstellungsmöglichkeiten von Albanern im öffentlichen Dienst; die Erhöhung der Anzahl albanischstämmiger Polizisten um 500 bis Juli 2002 und um nochmals 500 bis Juli 2003 in Gebieten mit albanischen Bevölkerungsanteilen, nachdem die ethnischen Albaner dem Verbleib der Kontrolle der Polizei in der Zuständigkeit der Zentralregierung

30 Für eine vertiefte Diskussion der Verhandlungen und zu den einzelnen Vorschlägen und Gegenvorschlägen vgl. z.B.: Ulrich Buechsenschutz, *Macedonians React to Albanian Proposals*, in: RFE/RL Balkan Report 49/2001 vom 17. Juli 2001, sowie ders., *Macedonia: Speaking a Different Language*, in: RFE/RL Balkan Report 51/2001 vom 24. Juli 2001; Saso Ordanoski, *Macedonian Talks Avoid Collapse*, in: IWPR Balkan Crisis Report 264/2001, Teil I, vom 21. Juli 2001. Der westliche Vorschlag beinhaltete einen Verfassungsentwurf von Robert Badinter, dem französischen Verfassungsexperten, der Anfang der neunziger Jahre Leiter der Badinter-Kommission der EU war, einer Gruppe von Verfassungsexperten, die die Kriterien für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion aufstellten. Zu einigen Ereignissen Ende Juli vgl. u.a.: RFE/RL Newswire 141/2001, Teil II, vom 27. Juli 2001; RFE/RL Newswire 142/2001, Teil II, vom 30. Juli 2001. Zur Berichterstattung über den Verlauf der Verhandlungen vgl.: *Breakthrough Reported on Language Issue in Macedonian Talks*, sowie *Police Issue to Dominate Macedonian Talks' Next Round*, in: RFE/RL Newswire 145/2001, Teil II, vom 2. August 2001 (beide Berichte in derselben Ausgabe); *Peace Talks Resume in Macedonia*, in: RFE/RL Newswire 146/2001, Teil II, vom 3. August 2001.

zugestimmt hatten; örtliche Polizeichefs dürfen jedoch aus einer vom Innenministerium zusammengestellten Liste durch den Gemeinderat gewählt werden; eine Änderung in der Präambel der Verfassung, durch die die Bezeichnung bestimmter ethnischer und nationaler Gruppen entfällt und stattdessen der Ausdruck "Staatsbürger Mazedoniens" benutzt wird; die Einführung einer so genannten "Doppelmehrheit", von den mazedonischen Medien auch als "Badinter-Mechanismus" bezeichnet, da Robert Badinter dieser verfassungsrechtliche Mechanismus zugeschrieben ist, der die Vertreter von Minderheiten davor schützen soll, im Parlament überstimmt zu werden; eine Änderung in Artikel 48 der Verfassung, durch die der Ausdruck "Nationalitäten" durch "Gemeinschaften" ersetzt wird; die Einrichtung einer neuen Institution, des Komitees für zwischengemeinschaftliche Beziehungen, das den Rat für interethnische Beziehungen ersetzen soll, der kaum in Anspruch genommen wurde; die Erweiterung der Rechte der Albaner bezüglich der höheren akademischen Ausbildung in ihrer Muttersprache; und den Gebrauch albanischer nationaler Symbole. Darüber hinaus wurde der UCK eine Amnestie zugesichert, und am 15. August unterzeichnete NATO-Vermittler Peter Feith in Sipkovic in der Nähe von Tetovo ein Abkommen mit UCK-Führer Ahmeti, in dem sich die UCK bereit erklärt, ihre Waffen, ihre Munition und ihre Uniformen an NATO-Truppen zu übergeben. Die ersten NATO-Truppen der Operation "*Essential Harvest*", die zwischen 3.500 und 4.000 Mann stark sein sollen und die die Demobilisierung der UCK innerhalb von 30 Tagen durchführen sollen, kamen am 17. August in Mazedonien an.³¹

Was die Rolle der OSZE in der Krise betrifft, so hat die "*Spillover*"-Überwachungsmission in Skopje seit Februar zunehmend vor der Verschlechterung der interethnischen Beziehungen und der Gefahr, die die UCK für das Land bedeutet, gewarnt. Das kam schon allein darin zum Ausdruck, dass sie dazu überging, tägliche Berichte an den Ständigen Rat zu schicken statt wöchentliche, wie es zuvor üblich war. Doch selbst die OSZE mit ihrer Verpflichtung zu Frühwarnung und Konfliktprävention war nicht in der Lage, mehr als Krisenmanagement zu leisten. Zu einem großen Teil ist dies wiederum auf die Reaktion der mazedonischen Regierung auf die Krise zurückzuführen und - seit kurzem - auf deren Verärgerung über jeglichen internationalen Druck. Darüber hinaus ist die "*Spillover*"-Überwachungsmission immer noch deutlich unterbesetzt, obwohl sie inzwischen 26 Mitarbeiter hat; sie erhält zu wenig logistische Unterstützung, um umfangreichere präventive Maßnahmen

31 Vgl. Ulrich Buechenschutz, The Macedonian Peace Agreement, Teil I, in: RFE/RL Balkan Report 58/2001 vom 17. August 2001; ders., The Macedonian Peace Agreement, Teil II, in: RFE/RL Balkan Report 59/2001 vom 21. August 2001; Conditions Met for NATO Role in Macedonia, in: RFE/RL Newline 154/2001, Teil II, vom 15. August 2001; NATO Moves Into Macedonia, in: RFE/RL Newline 160/2001, Teil II, vom 23. August 2001. In einem Briefwechsel mit der Verfasserin vom 8. August 2001 machte Stefan Troebst darauf aufmerksam, dass der damalige Innenminister Frckovski bereits 1992-1993 versucht hatte, eine Quote für eine größere Anzahl von Albanern in der Polizei einzuführen. Dieser Versuch scheiterte jedoch daran, dass jüngere Albaner, die sich für den Polizeidienst bewarben, von ihren Familien und von Gleichaltrigen ausgegrenzt wurden.

ergreifen zu können, und ihr Mandat müsste wahrscheinlich überarbeitet werden, damit sie die Aufgabe, ethnischer Gewalt, wie sie in den letzten Monaten aufgetreten ist, zu begegnen, wirksam wahrnehmen und sich effektiv an der Überwachung der Implementierung des politischen Übereinkommens beteiligen kann. Die OSZE-Mission setzt größtenteils ihre Beobachtungstätigkeit fort und soll eine wichtige Rolle bei der Normalisierung der Lage nach der Krise übernehmen, wie etwa die Überwachung einiger Bestimmungen der politischen Übereinkunft: kurz- und langfristige vertrauensbildende Maßnahmen wie die Wiederansiedlung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, Unterstützung bei der Kommunalreform und die Ausbildung einer ethnisch gemischten Polizei.³² Die "Spillover"-Überwachungsmission der OSZE hat darüber hinaus öffentlich die "ethnische Säuberung" von Mazedoniern aus Dörfern in der Nähe von Tetovo verurteilt.³³

Die meisten der OSZE-Aktivitäten blieben bislang auf diplomatische Instrumente beschränkt: Verurteilungen von und Warnungen vor der Eskalation der Gewalt sowie eine Reihe von Sitzungen des Ständigen Rates, in denen die Krise erörtert wurde. Der Ständige Rat beschloss jedoch auch zusätzliche Überwacher für die OSZE-Mission.³⁴ Am 21. März ernannte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Geoana, Botschafter Robert Frowick zu seinem persönlichen Vertreter in Skopje. Auf einer Sondersitzung des Ständigen Rates führte Frowick über seine Aufgabe aus, er solle in Koordination mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und dem Leiter der Mission in Skopje ein Konzept für eine kohärente Handlungsweise der OSZE entwickeln.³⁵ Frowicks Mission wurde jedoch vorzeitig abgebrochen, als bekannt wurde, dass er bei der Aushandlung des so genannten "Friedensabkommens" zwischen der UCK und den beiden wichtigsten albanischen Parteien mitgeholfen hatte, und er beschuldigt wurde, dabei eigenmächtig gehandelt zu haben, ohne die mazedonischen Behörden oder die OSZE zu informieren.³⁶ Am

32 OSZE-Quelle, telefonisches Interview am 26. Juli 2001.

33 Vgl. OSCE Condemns Violence Against Civilians, in: RFE/RL Newline 139/2001, Teil II, vom 25. Juli 2001.

34 Vgl. hierzu: OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 405, Vorübergehende Verstärkung der OSZE "Spillover"-Überwachungsmission in Skopje, PC.DEC/405 vom 22. März 2001. Die Mission wurde von acht auf 16 Mitglieder aufgestockt. Am 7. Juni erhöhte der Ständige Rat das Personal der Mission nochmals um zehn auf 26 Mitarbeiter. Vgl. OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 414, Weitere Verstärkung der OSZE-"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje, PC.DEC/414 vom 7. Juni 2001.

35 Vgl. OSCE, Chairman-in-Office, Need for Intensified Political Dialogue in the Former Yugoslav Republic of Macedonia, Presseerklärung vom 30. März 2001.

36 Bei einem Treffen mit Geoana am 25. Mai beteuerte Frowick, dass er nie direkten Kontakt zur UCK hatte, sondern sich ausschließlich mit albanischen Führern aus Mazedonien, Albanien und dem Kosovo getroffen habe sowie mit mazedonischen Führern aus Skopje. Vgl.: OSCE, Chairman-in-Office, Chairman-in-Office Meets with Personal Representative Frowick, Presseerklärung vom 26. Mai 2001. Einer Quelle nach zu urteilen, war Frowick nicht in der Lage, alle Vermittlungsparteien zu benachrichtigen. Frowicks Rolle bei den Vermittlungen sollte daher künftig noch einmal gründlicher untersucht werden, um eine faire Analyse zu ermöglichen. Zur Person Frowicks ist noch anzumerken, dass er von September bis Dezember 1992 der erste Leiter der damaligen KSZE-"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje und 1993 Gründungsdirektor der nicht staatlichen Organisation

1. Juli wurde der ehemalige HKNM Max van der Stoel zum Persönlichen Vertreter Geonans berufen, mit dem Mandat, "den Dialog zu erleichtern und Beratung für eine schnelle Lösung der gegenwärtigen Krise zu leisten".³⁷ Der Druck, den NATO, EU und OSZE auf die mazedonische Regierung ausgeübt haben, die Krise mit politischen Mitteln zu beenden, hat zu einer zunehmend feindlichen Haltung gegenüber dem westlichen Engagement geführt, und zwar sowohl auf Seiten der mazedonischen Regierung, insbesondere unter den Hardlinern, als auch in der ethnisch mazedonischen Bevölkerung. Es kam zu mehreren gewalttätigen Demonstrationen, zuletzt am 24. Juli, als nationalistische Mazedonier westliche Botschaften und Büros angriffen, darunter auch das der "Spillover"-Überwachungsmission der OSZE, und Fahrzeuge der OSZE zerstörten. Es gibt auch eine Reihe negativer Stellungnahmen des mazedonischen Regierungssprechers, in denen der Westen beschuldigt wird, parteiisch zu sein und sich auf die Seite der Terroristen geschlagen zu haben.³⁸ Kaum hatten die Verhandlungen begonnen, setzte eine intensive Desinformationskampagne ein, in der die NATO und die USA beschuldigt wurden, die UCK zu unterstützen.³⁹ Premierminister Georgievski selbst goss mehrfach Öl ins Feuer, als er z.B. am 18. Juli erklärte, dass der letzte Kompromissvorschlag, den die mazedonische Delegation als inakzeptabel zurückgewiesen hatte, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mazedoniens sei und der Westen versuche, Mazedonien eine Föderalisierung aufzuzwingen.⁴⁰ Auch nach der Unterzeichnung des politischen Abkommens und der Entsendung von NATO-Truppen nach Mazedonien herrscht noch immer eine anti-westliche und auch Anti-NATO-Haltung, die Patrick Moore von *Radio Free Europe* als "breit angelegten Propagandakrieg" bezeichnet hat. Seit Wochen schon schüren die mazedonischen Medien diese anti-westlichen Ressentiments, von denen auch westliche Journalisten nicht verschont bleiben. Kürzlich versperrten mazedonische Nationalisten die Hauptstraße zwischen Skopje und Blace an der Grenze zum Kosovo; die nach Mazedonien entsandten NATO-Truppen werden im Allgemeinen von der mazedonischen Bevölkerung als Unterstützer der UCK angesehen.⁴¹

"Search for Common Ground in Macedonia" war; siehe hierzu auch: Ackermann, a.a.O. (Anm. 3).

- 37 OSCE, Chairman-in-Office, Van der Stoel Appointed Personal Envoy of Chairman-in-Office, Presseerklärung vom 29. Juni 2001 (eigene Übersetzung). Van der Stoel hatte Mazedonien noch während seiner Amtszeit als Hoher Kommissar häufig besucht. Seine letzte Reise fand gerade zwei Tage vor Ablauf seines Mandats Ende Juni statt. Es gibt jedoch keine öffentlich zugänglichen Informationen über die Häufigkeit und den Inhalt seiner Besuche während der Krise. Als Persönlicher Vertreter reiste van der Stoel am 10. Juli nach Skopje.
- 38 Vg. hierzu z.B. ... And Issue Ultimatum, in: REF/RL Newline 139/2001, Teil II, vom 25. Juli 2001.
- 39 Vgl. Disinformation Campaign in Macedonia, Serbia?, in: RFE/RL Newline 142, Teil II, vom 30. Juli 2001.
- 40 Vgl. Macedonian Prime Minister Says West Backs "Terrorists", in: RFE/RL Newline 135/2001, Teil II, vom 19. Juli 2001.
- 41 Siehe hierzu Patrick Moore, Skopje's Own Goals, in: RFE/RL Balkan Report 60/2001 vom 24. August 2001. In Bezug auf die Kampagne gegen westliche Journalisten weist

Die Implementierung eines umfassenden und langfristigen Ansatzes zur Konfliktverhütung in Mazedonien und in der ganzen Balkanregion ist äußerst dringend. Aber ob eine solche Politik rasch oder überhaupt umgesetzt werden kann, wird nicht nur davon abhängen, ob ein Abkommen über die umstrittensten Fragen - Gebrauch der Sprache, Status als Nation und Repräsentanz in der Polizei - letztlich überhaupt implementiert werden kann, insbesondere gegen den Willen überzeugter mazedonischer Nationalisten. Derzeit sind viele Beobachter pessimistisch, was die Aussichten auf eine friedliche Beilegung der Krise angeht, schon aufgrund der Tiefe des Misstrauens und der Feindseligkeit, die durch die bewaffneten Auseinandersetzungen der vergangenen Monate ausgelöst wurden, und auch aufgrund des Gefühls, zum Opfer geworden zu sein, das alle Konfliktparteien entwickelt haben. Darüber hinaus hat auch die Bereitschaft sowohl der UCK als auch der mazedonischen Regierung, unterschiedslos militärische Gewalt einzusetzen, es erschwert, die Krise mit politischen Mitteln dauerhaft zu lösen. Und schließlich: Selbst wenn die Konfliktparteien immer noch einen größeren Krieg abwenden wollen, wächst doch das Gefühl, dass nunmehr alle Seiten bereit zu sein scheinen, ihre Interessen zu verteidigen - notfalls mit Gewalt. Die Schwelle zur Gewaltbereitschaft wurde schon vor Monaten überschritten, als die UCK es für möglich hielt, ihre Ziele - welche das auch immer sein mögen - mit Gewalt durchzusetzen, und die mazedonische Regierung es für möglich hielt, die UCK in relativ kurzer Zeit militärisch zu besiegen.

Sollte Mazedonien jedoch einmal mehr das Glück haben, vom Schicksal einiger der anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken verschont zu bleiben, ist es unabdingbar, dass ein langfristigerer Ansatz der Konfliktverhütung entwickelt wird. Ein solcher Ansatz muss nicht nur die von NATO, EU und OSZE vorgesehenen Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Normalisierung nach dem Konflikt umfassen. Er muss darüber hinaus sowohl kurzfristige als auch längerfristige strukturelle Präventionsmaßnahmen enthalten, darunter: die Einrichtung und Institutionalisierung eines regulären Forums für den interethnischen Dialog, in dessen Rahmen die Implementierung der Bestimmungen, auf die man sich in den Verhandlungen geeinigt hat, und die Erweiterung der Minderheitenrechte im Allgemeinen überwacht werden können; die Schaffung einer multiethnischen Polizei und multiethnischer Streitkräfte sowie einer ethnisch gemischten Ausbildungseinrichtung für diese Kräfte; eine Schulbuchreform, um Klischeevorstellungen aus sozialwissenschaftlichen Büchern zu entfernen; die Einführung von Bildungs- und Erziehungsprogrammen, um extrem nationalistische Einstellungen zu vermindern

Moore darauf hin, dass man das gleiche Verhaltensmuster auch von Seiten der Serben während des Kroatien-, Bosnien- und Kosovokrieges beobachten konnte, als man westlichen Journalisten wie jetzt auch in Mazedonien oftmals aggressive elektronische Nachrichten zusandte.

und statt einer nationalistischen eine staatsbürgerliche Identität zu fördern; eine umfassende Reform der Parteien, um Korruption und Vetternwirtschaft auszumerzen; eine Medienreform, um der provozierenden Berichterstattung ein Ende zu setzen; umfassende Initiativen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen; die Schaffung besserer wirtschaftlicher Möglichkeiten und der Ausbau der Infrastruktur in abgelegenen Gebieten des Landes, insbesondere aber nahe der Grenze zum Kosovo, die der UCK aufgrund fehlender Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten als Rekrutierungsbasis dienen; Hilfe bei der Reform der Kommunalverwaltung; und die Förderung guter Regierungsführung.

Auch zur Unterbindung des Waffentransfers und des Eindringens militanter Gruppen bedarf es dringend eines regionalen Ansatzes der Konfliktverhütung, der zwischen der NATO, der EU und der OSZE sowie einigen Ländern der Region koordiniert werden muss. Darüber hinaus müsste ein Demobilisierungsplan für die gesamte Region verabschiedet und angesichts des Erfolgs der UNPREDEP eine ähnliche Truppe präventiv an der Grenze zwischen Mazedonien und dem Kosovo stationiert werden. Es sollte eine Frühwarn- und Informationsbeschaffungsstelle zur Beobachtung der regionalen und inneren Entwicklungen eingerichtet werden; Wirtschaftshilfe für die Region sollte auf Prävention nach dem Konflikt ausgerichtet werden; die grenzüberschreitende Kooperation sollte intensiviert werden, insbesondere durch Projekte, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Gemeinden nahe der Grenzen in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien verbessern. Am wichtigsten ist es jedoch, dass eine Lösung für das Kosovo-"Problem" gefunden wird, denn solange es weder eine wirkliche politische Autonomie für das Kosovo, ohne UNMIK- und KFOR-Präsenz, noch ein unabhängiges Kosovo gibt, wird Mazedonien auf des Messers Schneide stehen, da es trotz der vorgesehenen Demobilisierung der UCK durch NATO-Truppen sehr schwierig sein wird, extreme Gruppierungen wie die UCK in Mazedonien auf Dauer zu isolieren.⁴²

42 Berichten nach zu urteilen hat sich mittlerweile bereits eine Nachfolgeorganisation der UCK in Mazedonien, die Albanische Nationale Armee unter Führung des einstigen UCK-Kommandeurs Xhavid Hassani, formiert. Die Albanische Nationale Armee hat in einem Kommuniqué erklärt, sie werde weder die Kämpfe einstellen, noch das politische Abkommen anerkennen. Siehe hierzu: Iso Rusi, Comment: Last Chance for Peace, in: IWPR Balkan Crisis Report 271/2001, Teil I, vom 14. August 2001; Latifi, a.a.O. (Anm. 23); Macedonia: How many groups, how many guns?, in: The Economist vom 25. August 2001, S. 36-37. Halil Matoshi berichtet, dass die Albanische Nationale Armee sich aus Kämpfern der Kosovo-UCK und der mazedonischen UCK zusammensetzt, die mit dem mazedonischen Friedensabkommen nicht einverstanden sind. Ihre Kommandostützpunkte befinden sich in Mazedonien, im Kosovo und im Preševo-Tal. Die Rebellenbewegung war unter demselben Namen 1999 schon einmal von einer Fraktion der Kosovo-UCK gegründet worden. Die Albanische Nationale Armee kämpft nach Angaben ihres Sprechers Alban Hoxha für ein vereinigtes Groß-Albanien. Siehe hierzu: Halil Matoshi, The Albanians' New Model Army, in: IWPR Balkan Crisis Report 274/2001 vom 24. August 2001. UCK-Kommandeur Ahmeti hat am 16. August in einem Interview mit der Deutschen Welle angedeutet, dass die UCK einen politischen Flügel aufbauen will, um an den nächsten Wahlen im Januar 2002 teilzunehmen, da sich der Kampf um die Rechte der Albaner vom

Schlussbemerkungen

Obwohl noch ein gewisses Maß an Hoffnung besteht, einen ausgewachsenen ethnischen Krieg abwenden zu können, herrscht in der Gesellschaft das ausgeprägte Gefühl vor, dass die interethnische Koexistenz bereits irreparablen Schaden erlitten hat. Das begangene Unrecht und die Schilderungen von Schikanen beginnen denjenigen zu gleichen, die wir aus anderen Teilen des Balkans bereits kennen: das Anzünden von Häusern und Läden, ethnische Säuberungen in Dörfern, Menschen, die aus ihren Häusern fliehen, die Zerstörung von religiösem Kulturgut wie z.B. des aus dem 14. Jahrhundert stammenden orthodoxen Klosters in Lesok,⁴³ die Verteufelung des "Anderen". Es gibt aber auch noch einige positive Beispiele von Lokalpolitikern und Bürgern, die sich sehr darum bemühen, den Frieden in ihren Gemeinden zu bewahren, so z.B. in Kumanovo, einer multiethnischen Stadt, in der Mazedonier, Albaner, Wlachen, Serben und Roma zusammenleben. Hier haben der Bürgermeister, Slobodan Kovačevski, und sein Gegenspieler, Feriz Dervish, ein Gemeinderatsmitglied, ihren Einfluss genutzt, um ethnische Spannungen zu entschärfen - selbst angesichts von Kämpfen in der Umgebung. Ob die Konstruktion neuer Legenden von Opfern und Tätern rechtzeitig unterbunden werden kann, hängt davon ab, ob die in dem politischen Abkommen enthaltenen Bestimmungen auch wirklich schnellstens implementiert werden, ob der Zulauf zu den nationalistischen Extremisten auf beiden Seiten gestoppt werden kann, ob gemäßigte Politiker den politischen Prozess noch retten können und ob die UCK dauerhaft isoliert werden kann.⁴⁴

Schlachtfeld ins Parlament verlagert habe. Vgl. Macedonian Albanian Guerrillas to Form Party on the Model of Sinn Fein?, in: RFE/RL Newslines 156/2001, Teil II, vom 17. August 2001.

43 Die mazedonische Regierung beschuldigte die UCK der Zerstörung des Klosters und eines dem der Taliban in Afghanistan ähnlichen Vorgehens. Die UCK wiederum machte die mazedonische Regierung für die Zerstörung verantwortlich, mit der sie das Friedensabkommen unterlaufen wolle. Vgl. Moore, a.a.O. (Anm.41).

44 Meinungsumfragen zeigen, dass beide ethnischen Gruppen das Vertrauen in ihre Parteien und deren Führungsspitzen verloren haben. Vgl. Ulrich Buechenschutz, Macedonian Disappointments and Fears, in: RFE/RL Balkan Report 60/2001 vom 24. August 2001.